

Autor\*in: Susanna Kahlefeld

Demokratie verteidigen – durch ihre Weiterentwicklung:  
Wer könnte das besser als Bündnis 90/Die Grünen?!

Wählen zu gehen reicht vielen Menschen schon lange nicht mehr. Entweder, weil sie Parteien und politischen Repräsentanten nicht mehr trauen oder weil sie viel weitergehend mitbestimmen wollen als es via Repräsentanz möglich ist. Das sind zwei ziemlich disparate Ansatzpunkte.

Wir sind als Grüne immer für mehr direkte Demokratie eingetreten. Die Argumentation, dass sich repräsentative und direkte Demokratie ergänzen und stärken, muss ich euch hier nicht wiederholen. In Berlin werden wir in dieser Legislatur erhebliche Verbesserungen der Verfahren bei Volksbegehren und -entscheiden bekommen: von klaren zeitlichen Vorgaben für die Finanz- und Zulässigkeitsprüfungen bis hin zu Auszählungsmodalitäten und den Abstimmungsterminen.

Wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist zudem die Möglichkeit, sich an konkreten Planungsprozessen beteiligen zu können: Bürger\*innen bringen ihre Kompetenzen und Erfahrungen aus dem Berufsleben oder der Ausbildung mit, konkrete Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort und die Bereitschaft zur Aushandlung diverser Interessenlagen – jenseits von Parteizugehörigkeiten und der Verpflichtungen gegenüber Wahlkreisen und Wirtschaftsinteressen. Als Partei, die aus Bewegungen hervorgegangen ist und die immer noch Mitglieder aus Initiativen und Protestbewegungen gewinnt, leben wir aus der Anschlussfähigkeit an Proteste und haben eine hohe Durchlässigkeit für die Zivilgesellschaft.

Beteiligungskonzepte wie die Berliner Leitlinien zur Beteiligung an der stadträumlichen Planung institutionalisieren die Kommunikation zwischen Politik und Bürger\*innen, die sich einbringen wollen. Gute frühzeitige Bürgerbeteiligung bedeutet nicht nur Kontrolle von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln, sondern auch ein Mehr an Kompetenz und Innovation. Nicht nebensächlich dabei: Beteiligung ist allen Bürgerinnen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft möglich. Über den Trassenverlauf der Straßenbahn kann ich mitbestimmen, egal, welchen Pass ich habe.

Signa/Karstadt, Tempelhofer Feld, RAW, Rummelsburg: Das sind die großen und umstrittenen Projekte der Stadt, Orte, an denen es um die grundlegende Frage geht, wie wir leben wollen und an denen derzeit intensiv über „Beteiligung“ gesprochen wird. - Um es klar zu sagen: Beteiligung in klaren Verfahren verhindert nicht Proteste. Das anzunehmen wäre naiv. Es zu versuchen wäre falsch, denn Protest ist nötig. Aber wir reden ja auch mit den Protestierenden über Beteiligung, weil wir mit verabredeten und moderierten Verfahren mehr und andere Menschen einbinden können als es Politik und Protestbewegungen können/wollen. Zum Teil sind Beteiligungsprozesse auch aus Protesten hervorgegangen.

Eine „vielfältige Demokratie“ (Roland Roth), in der Wahlen und Repräsentation, direkte Demokratie, Beteiligung, Protest und Engagement in einander greifen, ist gut gegen rechten Populismus aufgestellt: Das Argument, dass „die da oben“ gegen „das Volk“ arbeiten, ist plausibel für viele, die sich politisch machtlos fühlen. Populisten machen sich dieses Argument zu eigen, um dann zu behaupten, dass sie alleine „die(se) Bevölkerung“ vertreten. „Rechtspopulisten versprechen politische Ermächtigung“ sagt der Armutsforscher Christoph Butterwege.

Ich möchte mit euch diskutieren, wie wir uns als Bündnis 90/Die Grünen breiter und sichtbarer in die Entwicklung der Vielfältigen Demokratie einbringen. Man erwartet das von uns als linken Grünen und wir sind mit unserer Nähe zu Bewegungen und NGOs in den Kiezen sowieso glaubwürdige Ansprechpartner\*innen – wir sollten das nicht der Allianz-Stiftung überlassen. ;-)